
S 3 SO 620/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Sozialhilfe – Nothilfe – stationäre Krankenhausbehandlung – Kenntnis des Sozialhilfeträgers von den Leistungsvoraussetzungen – Geltendmachung der Ansprüche des Hilfebedürftigen gegen den Sozialhilfeträger durch das Krankenhaus im Wege der Prozesstandschaft – Abtretungsverbot – Sicherung der informationellen Selbstbestimmung – Europarechtskonformität
Leitsätze	<p>1. Ein Krankenhaus kann etwaige Ansprüche auf Behandlungskosten des hilfebedürftigen Patienten gegen den Sozialhilfeträger wegen des sozialhilferechtlichen Abtretungsverbots nicht im Wege der Prozesstandschaft geltend machen.</p> <p>2. Die Verarbeitung von Gesundheitsdaten auf Grundlage einer europarechtlich vorgesehenen Einwilligungsmöglichkeit wird durch das sozialhilferechtliche Abtretungsverbot eingeschränkt.</p>
Normenkette	SGB XII § 25 S 1 ; SGB XII § 18 Abs 1 ; SGB XII § 48 S 1 ; SGB XII § 23 Abs 1 S 1 ; SGB XII § 17 Abs 1 S 2 ; BGB § 134 ; GG Art 1 Abs 1 ; GG Art 2 Abs 1 ; EUV 2016/679 Art 6 Abs 1 Buchst a; EUV 2016/679 Art 9 Abs 2 Buchst a; EUV 2016/679 Art 9 Abs 4
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 3 SO 620/19
Datum	12.01.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 SO 61/21
Datum 28.04.2021

3. Instanz

Datum 06.10.2022

Â
Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 28. April 2021 wird zurÃ¼ckgewiesen.

AuÃergerichtliche Kosten auch des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

Â
G r Ã¼ n d e :

I
Â
1
Zwischen den Beteiligten steht die Ãbernahme der Kosten fÃ¼r eine Krankenhausbehandlung nach dem Sozialgesetzbuch ZwÃ¶lftes Buch â Sozialhilfeâ (SGBÃ XII) im Streit.

Â
2
Die KlÃ¤gerin ist TrÃ¤gerin eines Krankenhauses im Stadtgebiet der Beklagten. Am Montag, dem 28.1.2019 wurde in diesem Krankenhaus um 1:22Â Uhr eine Patientin mit bulgarischer StaatsangehÃ¶rigkeit unter der Diagnose einer benignen essentiellen Hypertonie mit Angabe einer hypertensiven Krise als Notfall stationÃ¤r aufgenommen. Mit Fax von 2:01Â Uhr desselben Tages beantragte die KlÃ¤gerin die Ãbernahme der Kosten der stationÃ¤ren Behandlung bei der Beklagten; dem Antrag war beigefÃ¼gt eine von der Patientin unterschriebene âKostensicherungsvereinbarungâ, in welcher diese die KlÃ¤gerin bevollmÃ¤chtigte, in ihrem Namen Klage zu erheben sowie jeden gegenwÃ¤rtigen und kÃ¼nftigen Anspruch aus der Behandlung an die KlÃ¤gerin abtrat. Die Patientin wurde am 30.1.2019 entlassen. Die Beklagte versagte sowohl gegenÃ¼ber der Patientin als auch gegenÃ¼ber der KlÃ¤gerin wegen fehlender Mitwirkung die Erbringung von Leistungen (*Bescheide vom 30.4.2019*) und lehnte in einem weiteren Bescheid die Ãbernahme der Kosten fÃ¼r die stationÃ¤re Behandlung ab

(Bescheid vom 30.4.2019). Die ausdrücklich auch im Namen der Patientin erhobene Beschwerde wies sie zurück (Widerspruchsbescheide vom 10.7.2019 und vom 11.7.2019).

Ä

3

Die Klage hiergegen hat keinen Erfolg gehabt (Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Duisburg vom 12.1.2021; Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 28.4.2021). Zur Begründung hat das LSG ausgeführt, soweit die Klägerin Nothelferansprüche aus eigenem Recht geltend gemacht habe, sei die Klage unbegründet. Ein Nothelferanspruch werde jedenfalls durch die originären Sozialhilfeansprüche der Patientin selbst verdrängt. Es beständen keine Anhaltspunkte dafür, dass ein zuständiger Bediensteter das Fax nicht zumindest irgendwann im Laufe des 28.1.2019 tatsächlich zur Kenntnis genommen habe, was einen Nothelferanspruch für den gesamten Tag, d.h. rückwirkend ab 0:00 Uhr, ausschließe. Soweit die Klägerin Ansprüche der Patientin auf Hilfe zur Gesundheit geltend mache, sei die Klage unzulässig. Dies ergebe sich bereits daraus, dass die Beklagte wegen der Hilfe zur Gesundheit lediglich Versagungsbescheide erlassen, aber noch keine Sachentscheidung getroffen habe. Die Leistungsklage sei daher unstatthaft. Darüber hinaus sei die Klägerin auch nicht klagebefugt, da ihr selbst ein Anspruch auf Hilfe zur Gesundheit nicht zustehe und sie sei weder berechtigt, etwaige Ansprüche der Patientin nach dem fünften Kapitel des SGB XII in Prozessstandschaft geltend zu machen, noch sei eine Abtretung dieser Ansprüche zulässig. Eine gewillkürte Prozessstandschaft setze unabhängig von ihrer Zulässigkeit im Sozialgerichtsprozess im übrigen die Übertragbarkeit des geltend gemachten Rechts voraus, die aber gemäß [§ 17 Abs 1 Satz 2 SGB XII](#) ausgeschlossen sei.

Ä

4

Mit ihrer Revision rügt die Klägerin die Verletzung von [§ 25 SGB XII](#). Sie vertritt die Auffassung, dass sie alle Obliegenheiten beachtet habe. Würde man die Auffassung des LSG zum Zeitpunkt der Kenntnis übernehmen, würde [§ 25 SGB XII](#) leerlaufen. [§ 25 SGB XII](#) müsse solange eingreifen, bis sich die Behörde im positiven Sinne Kenntnis vom Einsetzen der Sozialhilfeleistung verschafft habe. Auch werde der Kostenfreistellungsanspruch nicht vom Abtretungsverbot des [§ 17 SGB XII](#) erfasst. Schließlich griffe wegen der Passivität der Beklagten vorliegend die Grundsätze der Beweislastumkehr ein.

Ä

5

Die Klägerin beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 28. April 2021 und den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Duisburg vom 12. Januar 2021 aufzuheben sowie den Ablehnungsbescheid vom 30. April 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10. Juli 2019 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin 1999,89 Euro zu zahlen.

Ä

6

Die Beklagte beantragt,
die Revision zurückzuweisen.

Ä

7

Sie hat im Revisionsverfahren die Versagungsbescheide aufgehoben und hält die angegriffenen Entscheidungen im übrigen für zutreffend.

Ä

II

Ä

8

Die zulässige Revision der Klägerin ist nicht begründet ([Ä 170 Abs 1 Satz 1 Sozialgerichtsgesetz](#)).

Ä

9

Gegenstand des Revisionsverfahrens ist nach Aufhebung der Versagungsbescheide durch die Beklagte im Revisionsverfahren (und damit der Erledigung des Widerspruchsbescheids vom 11.7.2019) nur noch der Bescheid vom 30.4.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.7.2019 (vor dessen Erlass sozial erfahrene Dritte nach [Ä 116 Abs 2 SGB XII](#) angehängt worden sind), mit dem die Beklagte einen Anspruch der Klägerin auf Erstattung der Kosten für die stationäre Behandlung als Nothelferin sowie aus übergeleitetem Recht abgelehnt hat.

Ä

10

Die Klägerin verfolgt insoweit zulässigweise im Wege einer kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage ([Â§ 54 Abs 1 und 4 SGG](#)) einerseits die Erstattung der Krankenbehandlungskosten der Patientin als Nothelferin nach [Â§ 25 Satz 1 SGB XII](#) (in der Normfassung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 *â€œ* BGBl I 3022) sowie aus abgeleitetem Recht der Patientin andererseits, die sich entgegen der Auffassung des LSG auch als statthaft erweist (dazu sogleich). Wie das LSG richtig erkannt hat, liegt insoweit kein Fall der unzulässigen alternativen Klagenhäufung vor, sondern ein einheitliches Prozessziel der (einmaligen) Zahlung von 1999,89 Euro, das auf verschiedene Rechtsgründe gestützt wird (*Bundessozialgericht vom 14.1.1987* *â€œ* [8 RK 17/86](#) *â€œ* [SozR 1500 Â§ 51 Nr 44 S 76](#); *Bundesgerichtshof vom 9.12.1999* *â€œ* [IX ZR 102/97](#) *â€œ* [BGHZ 143, 246](#) = [NJW 2000, 1259, 1260](#) = *â€œ* *juris RdNr 13*; *Bieresborn in Roos/Wahrendorf/Müller, SGG, 2. Aufl 2021, Â§ 56 RdNr 7*).

Â

11

Diese Klage ist entgegen der Auffassung des LSG vollumfänglich statthaft. Die Beklagte hat auch wegen der behaupteten abgetretenen Ansprüche eine Entscheidung in der Sache getroffen und den Anspruch nicht (lediglich) bis zur Nachholung der Mitwirkung nach [Â§ 66](#) Sozialgesetzbuch Erstes Buch *â€œ* Allgemeiner Teil *â€œ* (SGB I) versagt, sodass die Anfechtungs- und Leistungsklage gegen diese Entscheidung eröffnet ist. Zwar ist die Anlehnung alleine mit Ausführungen zum Nothelferanspruch begründet. Aus Sicht des Empfängers ergibt sich bei verständiger Würdigung des Inhalts des Bescheids nach den Umständen im Einzelfall (zu diesem Maßstab nur *Engelmann in Schütze, SGB X, 9. Aufl 2020, Â§ 31 RdNr 43 mwN*) gleichwohl, dass die Beklagte mit ihrem Widerspruchsbescheid vollumfänglich über den geltend gemachten Anspruch unter allen rechtlichen Aspekten entschieden hat. Die Klägerin hatte in ihrem Widerspruch sowohl den Nothilfeanspruch aus eigenem Recht als auch den Anspruch der Patientin geltend gemacht. Sie konnte die Entscheidung der Beklagten auch unter Berücksichtigung der Begründung des Widerspruchsbescheids vom 11.7.2019, der formal nur die Versagung betraf, nur so verstehen, dass ihr Begehren von der Beklagten vollumfänglich, also auch wegen der geltend gemachten Sozialhilfeansprüche der Patientin im eigenen Namen der Klägerin, abgelehnt worden ist.

Â

12

Weitere von Amts wegen zu beachtende Verfahrensmängel, die einer Entscheidung in der Sache entgegenstehen, liegen nicht vor. Soweit die Klägerin Ansprüche aus abgetretenem Recht der Patientin geltend macht, war diese insbesondere nicht als denkbar berechnigte Empfängerin von Leistungen der Sozialhilfe nach [Â§ 75 Abs 2 Alt 1 SGG](#) notwendig beizuladen (echte notwendige

Beiladung (vgl BSG vom 4.4.2019 [BÄ 8 SO 12/17 RÄ](#) [BSGE 128, 43](#) = SozR 4-3500 [ÄSÄ 53 NrÄ 9, RdNrÄ 11Ä f](#)). Unabhängig von der Zulässigkeit einer gewillkürten Prozessstandschaft ist die Beiladung in den Fällen ausgeschlossen, in denen der Kläger im Hinblick auf eine entsprechende Weisung des Rechteinhabers Zahlung an sich selbst begehrt. Eine aufgrund gerichtlicher Beiladung *âzwangsweiseâ* Einbeziehung des materiellen Rechteinhabers in einen Prozess, den er ausdrücklich selbst nicht führen will, würden den Sinn und Zweck einer gewillkürten Prozessstandschaft geradezu konterkarieren (BSG vom 11.12.2019 [BÄ 6Ä KA 10/18Ä RÄ](#) [SozR 4â7610 ÄSÄ 406 NrÄ 1 RdNrÄ 19 mwN](#); Ulmer in Hennig, SGG, [ÄSÄ 75 RdNrÄ 60a, Stand Oktober 2022](#); Rühl in Zeihe/Hauck, SGG, [ÄSÄ 75 AnmÄ 15Ä cÄ aa, Stand Mai 2022](#)).

Ä

13

Ein Anspruch der Klägerin auf Erstattung von Kosten einer Krankenbehandlung als Nothelfer nach [ÄSÄ 25 SatzÄ 1 SGBÄ XII](#) (in der Normfassung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 [â BGBI I 3022](#)) gegen die Beklagte als den sachlich und örtlich zuständigen Träger der Sozialhilfe am Ort des tatsächlichen Aufenthalts des Patienten im Zeitpunkt seiner Aufnahme ([ÄSÄ 97 AbsÄ 1, ÄSÄ 98 AbsÄ 1 SatzÄ 1 und AbsÄ 2 SatzÄ 3 SGBÄ XII](#) iVm [ÄSÄ 1 Landesausführungsgesetz zum SGBÄ XII für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16.12.2004](#) ; im Einzelnen zur *örtlichen Zuständigkeit im Fall einer Nothilfe* BSG vom 18.11.2014 [BÄ 8Ä SO 9/13Ä RÄ](#) [BSGE 117, 261](#) = SozR 4-3500 [ÄSÄ 25 NrÄ 5, RdNrÄ 11](#)) besteht nicht.

Ä

14

Dem Anspruch steht schon entgegen, dass die Beklagte bereits am ersten Tag des Bedarfs auf Hilfe bei Krankheit (vgl [ÄSÄ 19 AbsÄ 3, ÄSÄ 23 AbsÄ 1 SatzÄ 1](#) iVm [ÄSÄ 48 SatzÄ 1 SGBÄ XII](#)) Kenntnis von der Notlage der Patientin hatte und damit ggf bestehende Ansprache auf Sozialhilfe dieser selbst einsetzten (vgl [ÄSÄ 18 AbsÄ 1 SGBÄ XII](#)). Nach den bindenden Feststellungen des LSG ([ÄSÄ 163 SGG](#)) hat die Klägerin die Patientin am 28.1.2019 um 1:22 Uhr (einem Montag) aufgenommen und bereits am 28.1.2019 um 2:01 Uhr dies der Beklagten per Fax mitgeteilt sowie die Erstattung der Kosten als Nothelfer beantragt. Damit ist die Mitteilung der Klägerin in den Empfangsbereich der Beklagten gelangt und diese hatte jedenfalls mit Dienstbeginn an diesem Tag Kenntnis von der Notlage der Patientin; ob deren eigene Erklärungen als Antrag auszulegen gewesen wären, kann offenbleiben. Für die nach [ÄSÄ 18 AbsÄ 1 SGBÄ XII](#) für das Einsetzen der Sozialhilfe erforderliche Kenntnis des Trägers der Sozialhilfe von der Notlage nach Sinn und Zweck des [ÄSÄ 18 SGBÄ XII](#) genügt es jedenfalls, wenn eine entsprechende schriftliche Mitteilung ggf auch von einem Dritten vorliegt, die den Träger in die Lage versetzt, Leistungen der Sozialhilfe (ggf nach Prüfung oder weiteren Ermittlungen) zu erbringen (zuletzt zum Antrag eines handlungsfähigen

Leistungsberechtigten BSG vom 27.7.2021 [BÄ 8Ä SO 10/19Ä RÄ](#) [SozR 4-1500 Ä§Ä 88 NrÄ 4 RdNrÄ 8](#)). Da [Ä§Ä 18 SGBÄ XII](#) zum Schutz des Hilfebedürftigen einen niedrighschwelligem Zugang zum Sozialhilfesystem sicherstellen will, kann hier wegen des maßgeblichen Zeitpunkts der Kenntnis nichts anderes als beim Zugang von schriftlich gestellten Anträgen gelten. Ob das Schreiben in der Folge von einem Mitarbeiter am selben Tag [bearbeitet](#) worden ist, ist damit nicht entscheidend.

Ä

15

Ein eigenständiger Anspruch des Nothelfers nach [Ä§Ä 25 SatzÄ 1 SGBÄ XII](#) besteht in Abgrenzung zum Anspruch des Hilfebedürftigen aber nur dann, wenn und solange der Sozialhilfeträger keine Kenntnis vom Leistungsfall hat und ein Anspruch des Hilfebedürftigen gegen den Sozialhilfeträger (nur) deshalb nicht entsteht. Grundsätzlich darf eine rechtzeitige Leistung des Sozialhilfeträgers objektiv nicht zu erlangen sein; dieser darf nicht eingeschaltet werden können. Die (mögliche) Kenntnis des Sozialhilfeträgers bildet damit die Voraussetzung für die sich gegenseitig ausschließenden Ansprüche des Nothelfers und des Hilfebedürftigen (sog *sozialhilferechtliches Moment des Eilfalls*; vgl BSG vom 23.8.2013 [BÄ 8Ä SO 19/12Ä RÄ](#) [BSGE 114, 161](#) = *SozR 4-5910 Ä§Ä 121 NrÄ 1, RdNrÄ 18 im Anschluss an die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts*, zuletzt BVerwG vom 31.5.2001 [5Ä C 20.00Ä](#) [BVerwGE 114, 298, 300](#)). Wird für den Nothelfer erkennbar, dass er mit seiner Hilfeleistung ggf eine öffentliche Aufgabe anstelle des eigentlich zuständigen Hoheitsträgers erfüllt, besteht für ihn die Obliegenheit, diesen Träger einzuschalten. Deshalb hat der Senat in Fortentwicklung der Rechtsprechung des BVerwG in ständiger Rechtsprechung entschieden, dass von Krankenhäusern, die mit der Behandlung von Notfallpatienten zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vertraut sind, differenziertere Schritte wegen der Prüfung der Kostentragung zu erwarten sind. Die Obliegenheit eines Krankenhauses, den Sozialhilfeträger zu unterrichten, wird regelmäßig dann ausgelöst, wenn der Patient einen Versicherungsschutz in der GKV nicht durch Vorlage einer elektronischen Gesundheitskarte nachweisen kann (im Einzelnen BSG vom 23.8.2013 [BÄ 8Ä SO 19/12Ä RÄ](#) [BSGE 114, 161](#) = *SozR 4-5910 Ä§Ä 121 NrÄ 1, RdNrÄ 23Ä ff*) und sich auch ansonsten keine Umstände ergeben, aus denen die notwendige Kostensicherheit für das Krankenhaus hervorgeht (dazu BSG vom 12.12.2013 [BÄ 8Ä SO 13/12Ä RÄ](#) [RdNrÄ 19](#) [FEVS 66, 1](#)). Der Senat hat bereits entschieden, dass auf Grundlage dieser Rechtsprechung ein Anspruch auch ausscheidet, soweit dem Krankenhaus als Nothelfer noch am Tag der Aufnahme des Hilfeberechtigten die Zeit verbleibt, den Sozialhilfeträger vom Notfall zu unterrichten, und er dieser Obliegenheit auch nachkommt, was sich schon aus der vorangegangenen Rechtsprechung zwingend ergab. Dies hat der Senat nicht auf den Fall beschränkt, dass eine Entscheidung über die Gewährung der Nothilfe noch abgewartet werden kann (in diesem Fall müsste bereits die Notwendigkeit des sofortigen Eingreifens als sog bedarfsbezogenes Element des Eilfalls bezweifelt werden), sondern als maßgeblich angesehen, dass durch

Verschaffung der Kenntnis die Voraussetzungen für die Gewährung von Sozialhilfe geschaffen werden (BSG vom 1.3.2018 [B 8 SO 63/17 B](#) unter Bezugnahme auf BSG vom 12.12.2013 [B 8 SO 13/12 R](#) [RdNr 17 FEVS 66, 1](#)). Die Kenntnis bildet somit die Zursur für die unterschiedlichen Ansprüche (Waldhorst-Kahnau, *jurisPK-SGB XII, 3. Aufl 2020, § 25 RdNr 27, Stand 31.3.2021*).

Ä

16

Der Senat hält an dieser Rechtsprechung fest. Ein Anspruch als Nothelfer (neben Ansprüchen des Leistungsberechtigten) entsteht nicht allein dadurch, dass der Nothelfer seinerseits ohne Verletzung von Obliegenheiten in einem medizinischen Notfall gehandelt hat, wie dies vorliegend auf Grundlage der bindenden Feststellungen des LSG ([§ 163 SGG](#)) der Fall war. Die Rechtsprechung ist in der Literatur zwar nicht unwidersprochen geblieben und insbesondere wegen der Auswirkungen auf die Notfallbehandlung ausländischer Patienten ohne Versicherungsschutz in der GKV kritisiert worden (*zusammenfassend etwa Leber, Das Krankenhaus 2019, 318; zu denkbaren negativen Folgen für ausländische Patienten ohne geklärten Aufenthaltsstatus auch Sandforth, Forum Recht 2014, 113; Schalle, SozSich 2014, 363; Farahat, ZESAR 2014, 269*). Der Senat sieht seine Auslegung indes durch die gesetzgeberische Entwicklung bestätigt. Der Gesetzgeber hat als Reaktion auf die Entscheidung des BSG, wonach eine analoge Anwendung des [§ 25 SGB XII](#) für Leistungsfälle nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ausschied (BSG vom 30.10.2013 [B 7 AY 2/12 R](#) [BSGE 114, 292](#) = *SozR 4-3500 § 25 Nr 3*), den Anspruch des Nothelfers mit Wirkung vom 1.3.2015 in [§ 6a AsylbLG](#) (in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes vom 10.12.2014) nahezu wortgleich an [§ 25 SGB XII](#) angelehnt normiert und daneben auch einen Kenntnisgrundsatz in [§ 6b AsylbLG](#) eingeführt. Ausdrücklich unter Bezugnahme auf die bisherige Rechtsprechung zu [§ 25 SGB XII](#) ist der Anspruch dabei in Abhängigkeit von der Kenntnis des Sozialhilfeträgers vom Eilfall ausgestaltet worden; Ansprüche des Nothelfers und Ansprüche des Leistungsberechtigten schließen sich nach dieser gesetzgeberischen Entscheidung auch im Anwendungsbereich des AsylbLG aus. Ein weitergehender Anspruch für Krankenhäuser, denen keine Verletzung von Obliegenheitspflichten vorzuwerfen ist, ist ausdrücklich nicht geschaffen worden (vgl [BT-Drucks 18/2592 S 25](#)). Die Annahme der Klägerin, die Auslegung durch das BSG sei nicht vom Willen des Gesetzgebers gedeckt, ist damit nicht zutreffend.

Ä

17

Die begehrte Leistung steht der Klägerin auch aus abgetretenem Recht nicht zu. Es kann hierbei dahinstehen, ob überhaupt ein Anspruch der Patientin gegenüber der Beklagten in Form eines Sachleistungsanspruchs auf

Krankenbehandlung nach [Â§Â 48 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ XII](#) ggf iVm [Â§Â 23 AbsÂ 1 SGBÂ XII](#) oder nach [Â§Â 23 AbsÂ 3 SatzÂ 5 SGBÂ XII](#) (Ã¼berbrÃ¼ckungsleistungen) besteht.

Â

18

In jedem Fall wÃ¼re dieser Sozialhilfeanspruch hÃ¶chstpersÃ¶nlicher Art und kann deshalb gemÃ¤Ã [Â§Â 17 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ XII](#) nicht Ã¼bertragen, verpfÃ¼ndet oder gepfÃ¼ndet werden. [Â§Â 17 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ XII](#) enthÃ¤lt ein gesetzliches Verbot (vgl [Â§Â 134 BÃ¼rgerliches Gesetzbuch](#)) und schlieÃ¼t eine Anwendung von [Â§Â 53, 54 SGBÂ I](#) aus. Insoweit ist [Â§Â 17 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ XII](#) eine abweichende Regelung iS von [Â§Â 37 SGBÂ I](#), die mit [Â§Â 400 BGB](#) (*Ausschluss der Abtretung unpfÃ¼ndbarer Forderungen*) und [Â§Â 851](#) Zivilprozessordnung (*UnpfÃ¼ndbarkeit nicht Ã¼bertragbarer Forderungen*) korrespondiert. Denn die Sozialhilfe kann ihren Zweck, den Leistungsberechtigten die FÃ¼hrung eines Lebens zu ermÃ¶glichen, das der WÃ¼rde des Menschen entspricht ([Â§Â 1 SatzÂ 1 SGBÂ XII](#)) nur erfÃ¼llen, wenn sie dem BedÃ¼rftigen zugutekommt und dem Zugriff Dritter entzogen ist (*BSG vom 21.9.2017 âÂ BA 8Â SO 3/16Â RÂ â SozR 4-1500 Â§Â 153 NrÂ 16 RdNrÂ 18; Coseriu/Filges, jurisPK-SGBÂ XII, 3.Â Aufl 2020, Â§Â 17 RdNrÂ 19, Stand 29.7.2021; Apidopoulos in Adolph, SGBÂ II, SGBÂ XII, AsylbLG, Â§Â 17 SGBÂ XII, Stand November 2020, RdNrÂ 15; Hohm in Schellhorn/Hohm/Scheider, SGBÂ XII, 19.Â Aufl 2015, Â§Â 17 SGBÂ XII RdNrÂ 19; Grube in Grube/Wahrendorf, SGBÂ XII, 7.Â Aufl 2020, Â§Â 17 RdNrÂ 18*). Aufgrund ihrer hÃ¶chstpersÃ¶nlichen Natur ist eine Ã¼bertragung solcher Leistungen nicht mÃ¶glich, sodass eine Abtretung entsprechend [Â§Â 399 BGB](#) ausgeschlossen ist (vgl *BVerwG vom 10.4.1997 âÂ 2Â C 7.96Â â NJWÂ 1997, 3256; HÃ¼sler in Hauck/Noftz, SGBÂ I, KÂ Â§Â 53 RdNrÂ 21, Stand Dezember 2005; PflÃ¼ger, jurisPK-SGBÂ I, 3.Â Aufl 2018, Â§Â 53 RdNrÂ 20, Stand 15.3.2018; GrÃ¼neberg/GrÃ¼neberg, BGB, 81.Â Aufl 2022, Â§Â 398 RdNrÂ 37*).

Â

19

Unter dieses Abtretungsverbot fallen nicht nur die Sachleistungen selbst, sondern auch ihre Surrogate, insbesondere Geldleistungen, wenn sie zweckgebunden zur Anschaffung einer konkreten Dienst- oder Sachleistung gezahlt werden (vgl *nur HÃ¼sler in Hauck/Noftz, SGBÂ I, KÂ Â§Â 53 RdNrÂ 22, Stand Dezember 2005; PflÃ¼ger, jurisPK-SGBÂ I, 3.Â Aufl 2018, Â§Â 53 RdNrÂ 21, Stand 15.3.2018*). Eine teleologische Reduktion des [Â§Â 17 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ XII](#) kommt nur in den FÃ¤llen in Betracht, in denen es nicht mehr um den originÃ¤ren Sozialhilfeanspruch und damit primÃ¤ren Leistungsanspruch nach dem SGBÂ XII geht, sondern um den Ausgleich der Folgen des wegen eines Systemversagens entstandenen Schadens als SekundÃ¤ranspruch (*BSG vom 21.9.2017 âÂ BA 8Â SO 3/16Â RÂ â SozR 4-1500 Â§Â 153 NrÂ 16 RdNrÂ 20*). Der dann ggf bestehende Erstattungsanspruch ist ein Geldleistungsanspruch, Ã¼ber den der Berechtigte verfÃ¼gen kann

(Coseriu/Filges, *jurisPK-SGBÄ XII*, 3. Aufl 2020, *Ä&A 17 RdNrÄ 27*, Stand 29.7.2021; vgl BSG vom 30.10.2013 *â&A BÄ 7Ä AY 2/12Ä RÄ* *â&A BSGE 114, 292* = *Ä SozR 4â&A 3500 Ä&A 25 NrÄ 3 RdNrÄ 28*; BGH vom 22.3.2011 *â&A IÄ ZR 271/08* *Ä â&A BGHZÄ 189, 45*; vgl auch BSG vom 18.7.2006 *â&A BÄ 1Ä KRÄ 24/05Ä R Ä â&A BSGEÄ 97, 6* = *SozR 4-2500 Ä&A 13 NrÄ 9*). Dies kann der Fall sein, wenn der Berechtigte die Leistung selbst vorfinanziert hat. Gleiches gilt, wenn der HilfebedÄ&Aftige die selbst beschaffte Leistung zwar nicht vorfinanziert, aber gegenÄ&Aber dem zustÄ&Andigen LeistungstrÄ&Ager zur Vermeidung eines RÄ&Ackgriffs des leistungserbringenden Krankenhauses einen Anspruch auf Freistellung von den Kosten der Krankenhausbehandlung hat (vgl dazu im Recht der GKV: BSG vom 22.9.1981 *â&A 11Ä RK 10/79Ä* *â&A BSGE 52, 134* = *SozR 2200 Ä&A 182 NrÄ 76* = *Ä juris RdNrÄ 17*; BSG vom 7.5.2013 *â&A BÄ 1Ä KR 44/12Ä R Ä â&A BSGE 113, 241* = *SozR 4-2500 Ä&A 13 NrÄ 29, RdNrÄ 10*), den er an den GlÄ&Aubiger abtritt und der sich dadurch in der Person des GlÄ&Aubigers der zu tilgenden Leistung in einen Zahlungsanspruch umwandelt (BGH vom 22.3.2011 *â&A IÄ ZR 271/08Ä* *â&A BGHZ 189, 45 RdNrÄ 14*; vgl auch BSG vom 18.7.2006 *â&A BÄ 1Ä KR 24/05Ä RÄ* *â&A BSGE 97, 6* = *Ä SozR 4-2500 Ä&A 13 NrÄ 9, RdNrÄ 13*).

Ä

20

Eine wirksame Abtretung setzt in solchen FÄ&Allen aber voraus, dass der Anspruch bereits festgestellt ist. Der hÄ&AchstpersÄ&Anliche Charakter des Sachleistungsanspruchs wie der auf eine Krankenbehandlung nach *Ä&A 48 SGBÄ XII* schÄ&Aztzt den Anspruchsinhaber nÄ&Amlich nicht nur davor, durch Abtretung, VerpfÄ&Andung oder PfÄ&Andung die Rechte auf die erforderlichen Naturalleistungen zu verlieren. DarÄ&Aber hinaus sichert er weitestmÄ&Aglich das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Anspruchsinhabers (vgl generell dazu: Bundesverfassungsgericht vom 15.12.1983 *â&A 1Ä BvR 209/83Ä* *uaÄ* *â&A BVerfGE 65, 1, 41Ä ff*; siehe Ä&Ahnlich zum *Kostenerstattungsanspruch wegen erbrachter Sach- und Dienstleistungen nach dem SGBÄ V*: BSG vom 18.7.2006 *â&A BÄ 1Ä KR 24/05Ä RÄ* *â&A BSGE 97, 6* = *Ä SozR 4-2500 Ä&A 13 NrÄ 9, RdNrÄ 16*). Insbesondere muss der Anspruchsinhaber insoweit nicht alle erforderlichen, zum Teil Ä&Auerst intimen und sensiblen Daten bezÄ&Aglich seiner Erkrankung, der Behandlungsnotwendigkeit, der Einkommens- und VermÄ&AgensverhÄ&Altnisse usw preisgeben. Anders als im BÄ&Aurgerlichen Recht gewÄ&Ahrt die Abtretung deshalb nur ein begrenztes materielles Recht, nÄ&Amlich das des bereits festgestellten Anspruchs. Der Zessionar kann auf diese Weise die Feststellung des Anspruchs nicht selbst betreiben. Die Abtretung eines mÄ&Aughlichen Freistellungsanspruchs im AsylBLG oder SGBÄ XII fÄ&Ahrt also nicht zu einer umfassenden Neubestimmung der GlÄ&Aubigerstellung oder dem vollstÄ&Andigen Eintritt des neuen GlÄ&Aubigers in das gesamte SozialrechtsverhÄ&Alnis einschlieÄ&Alich seines PflichtengefÄ&Ages. Vielmehr wird durch die BeschrÄ&Ankung einer Abtretung auf festgestellte KostenerstattungsansprÄ&Ache dem besonderen SchutzbedÄ&Arfnis des Leistungsberechtigten sowie seiner Einbindung in spezifische Mitwirkungslasten nach *Ä&A&A 60Ä* ff SGBÄ I Rechnung getragen. WÄ&Ade mit der Abtretung zugleich

die Befugnis übertragen, die Feststellung des Kostenerstattungsanspruchs zu betreiben, besteht die Gefahr, dass sich etwa unter dem Gesichtspunkt der Erfüllung von Mitwirkungspflichten nach [§ 60 ff SGB I](#) der Hilfebedürftige vom Datensubjekt zum Zeugen wandeln würde, der grundsätzlich auszusagen hätte, eingeschränkt nur durch die allgemeinen Grenzen der Zeugnisverweigerung (*BSG vom 18.7.2006* [BÄ 1 Ä KR 24/05 R](#) [Ä BSGE 97, 6](#) = [SozR 4-2500 Ä 13 Nr 9](#), *RdNr 16*). Zudem besteht die Gefahr, dass bei Abtretung nicht feststehender Sozialhilfeansprüche im Falle der späteren Anerkennung durch den Sozialhilfeträger, zB als Überbrückungsleistungen gemäß [§ 23 Abs 3 Satz 5 SGB XII](#), für den Hilfebedürftigen nicht absehbare ausländerrechtliche Konsequenzen zB im Hinblick auf eine Versagung des Aufenthaltstitels wegen fehlender Sicherung des Lebensunterhalts eintreten könnten.

Ä

21

Dies hat sich auch nicht durch den Geltungsbeginn der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (*Datenschutzgrundverordnung*; *ABl L 119 S 1*, *ber L 314 S 72*, *2018 L 127 S 2* und *2021 L 74 S 35 Celex-Nr 3 R 0679*, im Folgenden *DS-GVO*) geändert, nach der die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf Grundlage einer Einwilligung ([Art 6 Abs 1 Buchst a\) DS-GVO](#)) bzw bei besonderen Kategorien auf Grundlage einer ausdrücklichen Einwilligung ([Art 9 Abs 2 Buchst a\) DS-GVO](#)) erfolgen darf. Zum einen war dies bereits vor dem Geltungsbeginn der DS-GVO nach [§ 67b Abs 1](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch [§ 10](#) Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz [§ 10](#) (SGB X) in der Fassung vom 18.5.2001 (*BGBI I 904*) der Fall (*vgl allerdings zum Recht der Krankenversicherung BSG vom 10.12.2008* [BÄ 6 Ä KA 37/07 R](#) [Ä BSGE 102, 134](#) = [SozR 4-2500 Ä 295 Nr 2](#), *RdNr 19*). Zum anderen handelt es sich in Bezug auf die Datenverarbeitung bei [§ 17 SGB XII](#) insoweit um eine die DS-GVO konkretisierende Norm des deutschen Rechts ([Art 6 Abs 2 und 3 DS-GVO](#)), die soweit das Abtretungsverbot auch die Einwilligungsmöglichkeit in die Datenverarbeitung mit den beschriebenen prozessualen Auswirkungen beschränkt [Art 9 Abs 4 DS-GVO](#) eine zulässige weitergehende Beschränkung der Datenverarbeitung besonderer Kategorien von Daten bedeutet, zu denen auch Gesundheitsdaten einer Krankenhausbehandlung zählen ([Art 4 Nr 15 DS-GVO](#)). Es kann somit dahinstehen, ob die seitens der Klägerin vorgelegte Abtretungserklärung den Voraussetzungen einer ausdrücklichen Einwilligung nach [Art 9 Abs 2 Buchst b\) DS-GVO](#), [Art 4 Nr 11 DS-GVO](#) in Form und Inhalt genügt und auch ob die zwingend vorausgesetzte Freiwilligkeit bestand, weil der hier im Streit stehende Sozialhilfeanspruch nicht festgestellt war und daher auch bei restriktiver Auslegung des [§ 17 Abs 1 SGB XII](#) die Abtretung nicht möglich war.

Diese Rechtsprechung steht auch nicht im Widerspruch zur Entscheidung des BGH zur Pfändbarkeit laufender Geldleistungen nach dem SGB II (BGH vom 25.10.2012 [VIII ZB 47/11](#) und BGH vom 25.10.2012 [VIII ZB 31/12](#) [MDR 2013, 57](#); kritisch hierzu Radtke, jurisPR-SozR 15/2013 Anm 1) und zur Abtretung eines Freistellungsanspruchs an den Gläubiger der zur tilgenden Leistung (BGH vom 22.3.2011 [II ZR 271/08](#) [BGHZ 189, 45](#)), weil es vorliegend anders als in den Entscheidungen des BGH um das Surrogat einer Sachleistung geht, das Gegenstand der Abtretung ist und die Abtretung insoweit nicht ausgeschlossen, sondern nur auf den festgestellten Kostenerstattungsanspruch beschränkt ist. Dieser Anspruch muss vom Hilfebedürftigen erst geltend gemacht und festgestellt werden, um eine Auszahlung an die Klägerin zu ermöglichen (vgl bereits BSG vom 30.10.2013 [BÄ 7Ä AY 2/12Ä RÄ](#) [BSGE 114, 292](#) = SozR 4-3500 [Ä§Ä 25 NrÄ 3, RdNrÄ 27 bis 30](#)).

Die Klägerin kann auch nicht im Wege der Prozessstandschaft den Anspruch der Patientin gegen die Beklagte erfolgreich geltend machen. Im Unterschied zur Abtretung macht der Prozessstandschafter ein fremdes Recht im eigenen Namen geltend, er ist lediglich prozessführungsbefugt (Althammer in ZÄhler, ZPO, 34.Ä Aufl 2022, Vor [Ä§Ä 50 RdNrÄ 18Ä ff](#)), das materielle Vollrecht verbleibt beim Anspruchsinhaber, im vorliegenden Fall bei der Patientin. Der Prozessstandschafter tritt dennoch zumindest für das Verfahren materiell-rechtlich und prozessrechtlich in die Stellung des Berechtigten ein (BSG vom 29.1.1976 [10Ä RV 171/75Ä](#) [SozR 1500 Ä§Ä 81 NrÄ 1 SÄ 2 =Ä juris RdNrÄ 25](#)). Unabhängig davon, ob eine gewillkürte Prozessstandschaft in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten überhaupt zulässig ist (dazu BSG vom 2.7.2013 [BÄ 1Ä KR 18/12Ä RÄ](#) [BSGE 114, 36](#) = SozR 4-2500 [Ä§Ä 130a NrÄ 9, RdNrÄ 10](#); BSG vom 12.1.2011 [BÄ 12Ä KR 11/09Ä RÄ](#) [BSGE 107, 177](#) = SozR 4-2500 [Ä§Ä 5 NrÄ 13, RdNrÄ 21](#); bejahend für Leistungsklagen im Gleichordnungsverhältnis BSG vom 30.7.2019 [BÄ 1Ä KR 16/18Ä RÄ](#) [BSGE 128, 300](#) = SozR 4-2500 [Ä§Ä 4 NrÄ 3, RdNrÄ 11](#)), darf dadurch das Abtretungsverbot des [Ä§Ä 17 SGBÄ XII](#) nicht umgangen werden. Jedenfalls dann, wenn ein Abtretungsverbot dahin auszulegen ist, dass ein Anspruch nicht durch einen Dritten geltend gemacht werden kann, ist eine diesen Anspruch betreffende Prozessführungsermächtigung unwirksam, weil ansonsten das Abtretungsverbot durch sie unterlaufen werden könnte (vgl BGH vom 2.12.2003 [VI ZR 243/02Ä](#) [RdNrÄ 21](#); BGH vom 21.9.2011 [VIII ZR 118/10Ä](#) [RdNrÄ 18](#); BGH vom 14.5.2008 [XII ZB 225/06Ä](#) [BGHZ 176, 337](#) [RdNrÄ 13](#); BGH vom 3.7.1996 [XIII ZR 99/95Ä](#) [NJW 1996, 3273, 3275](#); BGH vom 17.2.1983 [I ZR 194/80Ä](#) [RdNrÄ 20](#); BGH vom 27.5.1971 [VII ZR 85/69Ä](#) [BGHZ 56, 228](#) =Ä juris RdNrÄ 31; Straußfeld in

Roos/Wahrendorf/Müller, SGG, 2. Aufl 2021, Â§ 70 RdNr 57; Groß in Berchtold, SGG, 6. Aufl 2021, Â§ 54 RdNr 58; Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl 2020, Â§ 54 RdNr 11a unter Verweis auf BVerwG vom 29.11.1982 â€‹ 7A C 34.80â€‹ BVerwGE 66, 266 = NJW 1983, 1133; Czybulka/Siegel in NK-VwGO, 5. Aufl 2018, Â§ 62 RdNr 20; Bieresborn in Roos/Wahrendorf/Müller, SGG, 3. Aufl 2023, Â§ 54 RdNr 125 hingegen für die Geltendmachung unterhaltsrechtlicher Ansprüche durch den Sozialhilfeträger BGH, Zwischenurteil vom 29.8.2012â€‹ XII ZR 154/09â€‹ NJW 2012, 3642).

Â

24

Ausgleich für den Fall, in dem eine Krankenbehandlung erfolgt, ohne dass der Sozialhilfeträger eingeschaltet werden konnte, ist gerade der Nothelferanspruch nach Â§ 25 SGB XII, der zudem den Nachweis der hypothetischen Leistungsberechtigung der behandelten Person voraussetzt (Knispel, NZS 2021, 859). Ein Anspruch des Hilfebedürftigen, der kraft Gesetzes übergehen könnte, existiert zu diesem Zeitpunkt noch nicht. (Coseriu/Filges, jurisPK-SGB XII, 3. Aufl 2020, Â§ 17 RdNr 24, Stand 29.7.2021).

Â

25

Es kann damit in dem vorliegenden Fall auch dahinstehen, ob die Beklagte zu Recht den Nothelferanspruch wegen fehlenden Nachweises der sozialhilferechtlichen Voraussetzungen der Patientin hat ablehnen dürfen. Eine Pflicht zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse des Sozialhilfeträgers im Rahmen der bestehenden Amtsermittlungspflicht (Â§ 20, 21 SGB X; siehe dazu LSG Nordrhein-Westfalen vom 25.11.2020 â€‹ LA 12 SO 9/18â€‹ RdNr 41; Waldhorst-Kahnau, jurisPK-SGB XII, 3. Aufl 2020, Â§ 25 RdNr 43, Stand 31.3.2021) würde voraussetzen, dass es auf die Hilfebedürftigkeit der Patientin für die Entscheidung über den Anspruch der Klägerin ankommt. Der vorliegende Fall bietet deshalb entgegen der Ansicht der Revision auch keinen Raum für die Frage, ob die auch in den von dem Amtsermittlungsgrundsatz beherrschten Prozessordnungen anwendbaren Grundsätzen der Beweisvereitelung in analoger Anwendung des Â§ 444 ZPO zwischen der Klägerin und der Beklagten zum Tragen kommen könnten (vgl BSG vom 2.9.2004 â€‹ BA 7 AL 88/03 Râ€‹ SozR 4-1500 Â§ 128 Nr 5 RdNr 10 = juris RdNr 17; BSG vom 10.8.1993 â€‹ 9/9a RV 10/92â€‹ SozR 3-1750 Â§ 444 Nr 1 S 2 = juris RdNr 14; BSG vom 27.5.1997 â€‹ 2A RU 38/96â€‹ SozR 3-1500 Â§ 128 Nr 11 S 18 f = juris RdNr 23; BSG vom 29.9.1965 â€‹ 2A RU 61/60â€‹ BSGE 24, 25, 27 f = SozR Nr 75 zu Â§ 128 SGG; BVerwG vom 26.4.1960 â€‹ IIa C 68.58â€‹ BVerwGE 10, 270, 271 f).

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf [§ 193 SGG](#). In Anbetracht des geringfügigen Obsiegens der Klägerin im Hinblick auf die Aufhebung der beiden Versagungsbescheide hat der Senat von einer Quotelung abgesehen.

Ä

Erstellt am: 09.03.2023

Zuletzt verändert am: 21.12.2024